Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3510

17. 01.96

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Manuel Kiper, Simone Probst, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Dr. Angelika Köster-Loßack und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Ursula Burchardt, Dr. Peter Glotz, Wolfgang Behrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 13/771, 13/1389 –

Forschungspolitik für eine zukunftsverträgliche Gestaltung der Industriegesellschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Lebens- und Wirtschaftsweise in der Bundesrepublik Deutschland ist nicht globalisierbar, schon im jetzigen Maßstab bedroht sie unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Die Forschung steht deshalb vor der Herausforderung, neue Handlungsoptionen für Wirtschaft und Gesellschaft zu erarbeiten. Eine Forschungspolitik, die sich auf die Förderung sog. Schlüsseltechnologien beschränkt, ist zur Lösung der anstehenden Probleme nicht fähig.

2. Als beispielhafter neuer Ansatz in der Forschungspolitik kann das niederländische „Sustainable Technology Development Program" gesehen werden, bei dem fünf Ministerien ressortübergreifend zusammenarbeiten, um die Prinzipien einer nachhaltig-zukunftsverträglichen Entwicklung in der Forschung zu verankern. Bei der Konzeption dieser Forschungsprogramme wurden zunächst wünschenswerte Zukunftsszenarien für einen Zeitraum von 50 Jahren erstellt und daraus Technologieentwicklungsbedarf abgeleitet. Eine solche Umkehrung des Planungsansatzes von der Zukunft zurück in die Gegenwart („backcasting") birgt vielversprechende Möglichkeiten auch für die Bundesrepublik Deutschland.

3. Forschung muß sich an den drängenden Problemen orientieren und Handlungsmöglichkeiten zur Vermeidung gegenwärtiger und zukünftiger Umweltgefährdungen erarbeiten. Die konkrete Formulierung von sozialen wie ökologischen Zielen (wie z. B. die Festlegung des CO_2-Minderungsziels) ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Diese Ziele bedürfen aber auch des politischen Willens zur Umsetzung.

4. Technische Lösungen allein bieten keine ausreichende Antwort auf die durch Umweltzerstörung entstehenden Probleme. Um zu einer nachhaltig-zukunftsverträglichen Wirtschaftsweise zu kommen, ist insbesondere auch soziale Innovation notwendig. Für die Forschung bedeutet dies eine stärkere Förderung interdisziplinären Arbeitens.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Orientierung an den Leitbildern einer nachhaltig-zukunftsverträglichen Entwicklung in allen Forschungsprogrammen ressortübergreifend zu verankern und die Formulierung entsprechender Zielvorgaben voranzutreiben;

2. Förderkonditionen zugunsten von interdisziplinären Ansätzen zu ändern, wobei es nicht nur um die Zusammenarbeit verschiedener Natur- und Ingenieurwissenschaften gehen darf, sondern auch humanwissenschaftliche Problemstellungen mit einbezogen werden müssen. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch der Technikfolgenabschätzung zu;

3. in dem neuen Umweltforschungsprogramm die vom Wissenschaftsrat als defizitär eingestuften Bereiche Ökotoxikologie, Umweltmedizin, Strahlenforschung, Naturschutzforschung und Tropenforschung zu stärken;

4. die Ziele des produkt- und produktionsintegrierten Umweltschutzes in allen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen zu berücksichtigen, z. B. durch Förderung von Gesamtinvestitionen anstelle umweltbezogener Investitionsanteile und Differenzierung der Konditionen nach ihrer ökologischen Effizienz;

5. eine „Grüne Liste" zur Grundförderung der unabhängigen interdisziplinär arbeitenden Umweltforschungsinstitute zu entwickeln (z. B. aus der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute und dem Ökoforum), die auch laut Wissenschaftsrat wesentlichen Anteil am veränderten Umweltbewußtsein der Gesellschaft haben.

Bonn, den 17. Januar 1996

Dr. Manuel Kiper
Simone Probst
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)
Dr. Angelika Köster-Loßack
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333